

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1910**

94 (27.4.1910) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis:
In Karlsruhe durch Dräger aufgestellt, monatlich 90 Pf., vierteljährlich
80 Pf. In den Geschäftsstellen oder den Ablagen abgeholt, monatlich
80 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mf. 3.25, durch den
Briefträger ins Haus gebracht, Mf. 3.67 vierteljährlich.
Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft "Badenia" in
Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Berantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: Dr. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Zeit: Franz Wahler; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verleih: Heinrich Vogel; Familiär in Karlsruhe.

Anzeigen: Die sechshäufige Petitszette oder deren Raum 25 Pf.
Postkarten 60 Pf. Postanzeige billiger. Bei älterer Wiederholung
entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle
Anzeigen-Berichtigungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Berantwortlicher für Anzeigen und Postkarten:
Hermann Wahler in Karlsruhe.

Arthur Drews „Christusmythe“ und seine hereingefallenen Verehrer.

Groß ist der Jubel bei Sozialdemokratie und bei dem Freidenker aller Schichten über den Vorstoß des Karlsruher außerordentlichen Philosophieprofessors Drews gegen die geschilderte Existenz Christi. Ob all diese Hurraschreie nicht recht bald mit sehr gedämpftem Trommelwirken davon marschieren, sobald sie merken, daß sie gewöhnlich hereingefallen sind in ihrem blinden Lebenseifer. Man wird diese Bewegung nie ganz verstehen, wenn man sich nicht vergegenwärtigt:

I. Der Ausgangspunkt von Arthur Drews.

Drews sieht, um es kurz zu sagen, ganz auf den Schulern seines Lehrers Eduard von Hartmann und dessen Kritik an dem genannten überlieferten Protestantismus und seiner Bewältigung des Christentums. Hat dieser Christus für einen bloßen Menschen erklärt, so soll er auch, fordert Hartmann, auf den Namen Christ verklagen. Denn das sei gerade das Merkmal der Christen aller Zeiten, daß sie in Christus den menschenwürdigen Gottessohn sehen. Für einen Menschen aus Nazaret aber religiöse Verehrung zu fordern, wie es dieser überlieferte Protestantismus wolle, sei widerlich und empörend. Um so mehr als unser Gesellschaft einer feinen Moral bedürfe, und es für solche höchste Zeit sei, denn bereits zeigte die nahe Bestätigung der Sozialdemokratie in ihrem kosmopolitischen Jubel über die Grauel der Pariser Kommune, bis zu welchem Grade der Niedergang das Volk gelangt, wenn ihm mit der Religion die einzige Gefahr abhanden kommt, in welcher ihm der Idealstaat zugänglich ist" (vgl. Hartmanns Selbstkritik des Christentums, 3. Auflage, Leipzig-Haude, 64, 59, 57; außerdem "Die Krise des Christentums in der modernen Theologie", 2. Auflage, und "Das Christentum des neuen Testaments", 2. Auflage, Sachsenburg 1905).

Drews: Ein Vorstoß gilt der liberalen protestantischen Theologie mit ihrer Heiligkeit und ihrer unabschätzbaren philosophischen Grundlage, deren Gottesideologie er kurzerhand bezeichnet als „wertlos wie das hässliche Kupferstück“ und als „ein erschreckendes Zeichen des Tiefstandes unserer philologischen Bildung“ ("Die Religion als Selbstbewußtsein Gottes" Jena-Dietrichs 1906, 158). Und wie der Meister nach einer neuen Religion ruft, weil die Menschheit ohne diese in den Abgrund sittlicher Barbarei und Verwilderung hinunterfällt, so auch der Schüler. In demselben Worte wendet Drews sich schärfer gegen eine sogenannte „religiöse Moral“. Eine religiöse Moral ist ihm unmöglich. Jenen, die meinen, die sittliche Führung moderner Ingländer als Beweismoment für die Möglichkeit einer religiösenlosen Moral anzuspielen zu können, widmet Drews die unangetreifbare Belehrung: „Was in unserer Zeit sich zu einer religiösenlosen Moral bekennt, das schämt seinen sittlichen Entwickelung ganz einfach aus der vorherigen und anerkannten sittlichen Erziehung, die ihren wahren Ursprung im religiösen Verhältnisse der Vorfahren hat. . . Es ist daher die größte Selbstäuschung der Sozialisten, zu meinen, nach gänzlicher Abschaffung jeder Art von Religion, werde der einzelne noch bereit und imstande sein, sich bedingungslos für die Masse aufzuführen.“

Sobald das Ziel des „Zukunftsstaates“ erreicht wäre, müßte in einer religiösenlosen Gesellschaft . . . infolge des allmählichen Absverlusts der sittlichen Erziehung und der unausweichlichen Enttäuschung über das erlangte „Glück“, der egoistisch (selbstsüchtig) Wille ganz von selbst die Herrschaft über die sozialen Triebe an sich reißen und zu einer anarchistischen Auseinandersetzung der sozialistischen Gemeinschaft führen. „Unsere moderne Sittlichkeit (schreibt mit ihm in der Luft) „Die Religion als Selbstbewußtsein Gottes“, 1906, die ganzen Ausführungen S. 46-48.)

Auch am Schlüsse seiner „Christusmythe“ spricht Drews von der furchtbaren moralischen Not des Gegenvorwurfs, daß fordert er von den Christen Bericht auf den Überglauhen an einen historischen Christus und von den Monophysiten die Preisgabe ihres ebenso verhängnisvollen Überglauhens an die alteinstige Realität des Stoffes und die alleinitzählende Wahrheit des naturwissenschaftlichen Mechanismus“, damit „die drohende völlige Verfälschung des religiösen Bewußtseins noch rechtzeitig abgewendet werden und damit die europäische Kulturmenschheit vor dem Verlust ihres geistigen Schwergewichts bewahrt bleibt“ und damit nicht „die täglich immer mächtiger anwachsende natur-kritische Kluftlinie auch die letzte Reise einer religiösen Denktrete hinwegwinken“ (3. Auflage, 238).

Arg heringeckten sind somit alle jene, die als Gegner einer auf religiösen Boden wurzelnden Moral glaubten, Drews sofort für sich in Beifall nehmen zu können. Hereingefallen die Sozialdemokraten, welche einen Mann als Vertreter echter Wissenschaft angesehen, der ihnen in Wirklichkeit geben kann. Hereingefallen ist endlich die ganze Freidenker, welche glaubte, in Drews einen Verbündeten zu haben für ihr Phantastengebilde einer religiösenlosen Moral.

Derhereinfall ist auch bereits öffentlich bestätigt worden. Man hat ja von dieser Seite aus Drews zu dem „Kulturltag“ (26. März) nach Berlin eingeladen und

gar noch zu einem Vortrag über „Religion und Sittlichkeit“. Mügte es aber erleben, daß der Mann etwas ganz anderes sagte, als man von ihm zu erwarten würde: Drews führte nämlich aus („Frankfurter Zeitung“ Nr. 85): „Ohne Religion gebe es kein Sittlichkeit, darum Mitleid zur Religion, wenn auch nicht zu der alten des Christentums, sondern einer neuen modernen Religion. Die Enttäuschung war groß und der Stadtrat Benziger, der Vertreter einer antikirchlichen Tendenzrichtung, „Die Kirche“, beilegte sich, im Schlusswort zu erklären, „unter lebhafter Zustimmung“, daß vieles von dem, was Drews vorgetragen, im Widerspruch zu seinem Anschauungen steht!!

Das alles hätten Sozialisten und Freidenker wissen können, wenn sie Hartmanns und Drews gegen die geschilderte Existenz Christi schreibt, das hat sie geblendet und nun sollen sie es erleben, daß vor ihnen Aussprüche des von ihnen verächtlichen Heros über das Umgang einer religiösenlosen Moral vorliegen.

Das Leitmotiv Drews ist also eigentlich religiöser Natur: wie auch Drews in der neuesten Ausgabe (S. XI)

direkt sagt, daß er „der gegenwärtigen Beruff des religiösen Bewußtseins als eine der bedenklichsten Erscheinungen unseres geistigen Lebens, als ein Unglück für unsre gesamte Kultur erachtet.“ Was sagen dazu die Freidenker?

Deutscher Reichstag.

78. Sitzung.

Berlin, 26. April 1910.

Beginn der Sitzung 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abgeordneten Glomski wird für gültig erklärt. Auch die Wahl des Abgeordneten Dabrowski-Saarburg beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Neumann-Hofer (f. Sp.) widerichtet diesen Antrag. Die Kommission selber habe festgestellt, daß Dabrowski mit drei Stimmen hinter der absoluten Mehrheit zurückgeschieden sei. Er beantragt Rücküberweisung an die Kommission. Nach einer Entgegnung des Referenten wird der Antrag Neumann-Hofer abgewiesen und die Wahl gegen die Stimmen der Fortschrittlichen Volkspartei für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Schiele (Günzburg-Wolfenbüttel, nati.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. Neumann-Hofer (f. Sp.) beantragt Rücküberweisung, weil die Frage der amtlichen Kandidatur, die der Kommission beigelegt worden sei, noch nicht genügend geklärt sei.

Abg. von Oerden (Sp.) empfiehlt den Antrag des Vorredners auf Rücküberweisung.

Abg. Schwarz-Eppstadt (Bentheim) vertheidigt den Beifluss der Kommission.

Abg. Fischer-Berlin (Sp.): Wollte man hier keine amtliche Wahlbeeinflussung voraussehen, dann werde das niemals möglich sein. — An der weiteren Debatte beteiligen sich noch die Abg. Heinz (nati.), Neumann-Hofer (f. Sp.), Dahlheim (Bentheim) und Fischer-Berlin, worauf der Antrag Neumann-Hofer auf Rücküberweisung angenommen wird. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, vom Zentrum die gute Hälfte und vereinzelt fortgeschrittliche Volksparteier.

Es folgt die Wahlprüfung Arnstadt-Wülzburg-Langenfeld (toni.). Die Kommission beantragt Ungültigkeits-Entlastung.

Abg. von Brodhausen (toni.) beantragt Gültigkeit. Ohne jede Debatte wird dem Kommissionsantrage entgegen die Wahl für gültig erklärt. Dagegen stimmen Sozialdemokraten, Kreis-Volkspartei, Polen, vereinzelt vom Zentrum. — Die Wahl des Abg. Meyer-Bartels (Bentheim) beantragt die Kommission ebenfalls für ungültig zu erklären, und zwar in wesentlichen aufgrund von Verstößen gegen das Wahl-Reglement. Nichtbetreten der Volkszelle, Plagierung eines Gemeindedieners in der Volkszelle usw., die zur Käffierung von Stimmzetteln führten, sodass dem Abgeordneten 28 Stimmen anderer Majorität fehlten.

Abg. Arendt (Sp.) bittet, auf jene harmlosen Verstöße nicht solches Gewicht zu legen, sondern die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Neumann-Hofer: Wenn der Gemeindedienner die ganze Wahlzeit über in der Volkszelle saß, sodass nicht ein einziger Wähler in der Zelle unbewacht blieb, so ist ein Jahr schwerer Verstoß. Wenn wir da nicht die Wahl kassieren, wird die ganze Wahlprüfung eine reine Komödie. (Aufs links: sehr richtig.)

Abg. Speld (Bentheim): Der Gemeindedienner hatte die stärkste Weizung, sobald ein Wähler die Zelle betrat, sofort zum Fenster hinauszugehen. (Stürmisch Heiterkeit usw.) Durch diese Weizung ist jedenfalls das Wahlgeheimnis gewohnt worden. Ich bitte also, den Antrag Arendt anzunehmen.

Abg. Fischer-Berlin (Sp.): Wir haben es heute schon zweimal erlebt, daß die bürgerlichen Parteien ihre Wahlprüfungs-Kommission angehörenden Mitglieder dезonieren und mescheln tun sie das? Sie haben nach allem, was sie auf sich geladen haben, Scheu vor Nachwählen. (Sehr richtig, links: sehr richtig.)

Abg. Brodhausen (toni.) legt dar, daß ein Wahlzett zu Unrecht von der Kommission kassiert sei und daß, wenn man dies berücksichtigt, noch immer eine Mehrheit für den Bentheim-Kandidaten bleibt. Nach kurzer weiterer Debatte, in der Abgeordneten Arendt eine Verabredung zur Umstellung des Kommissionsbeschlusses in Abrede stellt, wird die Wahl Meyer-Bartels gegen die Stimmen der Volkspartei und der Sozialdemokraten für gültig erklärt. Die Wahl des Abg. Kapenberg (Ost- und West-Sternberg, toni.) beantragt die Kommission für

ungültig zu erklären wegen amtlicher Wahlbeeinflussungen.

Abg. von Oerden (Sp.) beantragt Gültigkeit.

Abg. Gehege (Sp.), als Referent, bittet an den Kommissions-Beisammensetzung festzuhalten. — Ohne weitere Debatte wird die Wahl für gültig erklärt. Dagegen stimmen wieder die Sozialdemokraten, Fortsch. Sp. usw. einzeln vom Zentrum. Die Wahl des Abgeordneten Schwarz-Lübeck, Dr. Strube-Wölken werden debatlos, gemäß dem Kommissionsantrag für gültig erklärt. Die Wahl des Abg. Spindler-Berggärtner (natl.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Neumann-Hofer weist darauf hin, daß auch dort Verstöße gegen das Wahl-Reglement stattgefunden haben, durch die das Wahlgemeinschaft verletzt wurde.

Rach weiterer kurzer Debatte wird das Mandat Spindler für gültig erklärt. Die Wahl des Abg. Weiß (Celle-Gifhorn, natl.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären wegen behördlicher Beeinflussung der Mitglieder der Kriegervereine. — Ein Antrag Baiermann will Rücküberweisung an die Kommission.

Abg. Engelken (Bent.) plädiert für den Beschluss der Kommission.

Abg. Arnold (freikons.) tritt für den Antrag Baiermann ein.

Abg. Gädke (Wg.) spricht in dem gleichen Sinne.

Abg. Heinze (natl.) schließt sich dem an. Auf Antrag des Abg. Görde (Holstein, natl.) wird hiermit verbunden die Wahlprüfungs-Kommission Sievers, 16. hamb. Wahlkreis (natl.), die gleichfalls nach dem Antrag der Kommission wegen des Eingreifens der Kriegervereine für ungültig erklärt werden soll.

Abg. Neumann-Hofer: Nach den heutigen Abstimmungen ist die Wahlprüfungs-Kommission eine völlig sinnlose und zwecklose Einrichtung, die wir mit irgend einer Arbeit nicht mehr betrauen dürfen. (Heiterkeit und Beifluss rechts.)

Abg. Dahlheim (Bent.): Die Kriegervereine sind Privatvereine.

Abg. Dahlheim (Bent.): Die Kriegervereine haben bei den letzten Wahlen eine geradezu unerhörte Wahlbeeinflussung betrieben.

Abg. von Brodhausen (toni.): Grade im Interesse der Selbständigkeit der Kriegervereine werden wir für die Gültigkeit der beiden Wahlen stimmen.

Abg. Fößner (Sp.): Wir werden für ihre Ungültigkeit stimmen, um uns nicht der Moral der Majorität des Hauses zu unterwerfen und um nicht den Rechtsstreit des Hauses zu verschärfen. (Urtheil rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Heinz (natl.) polemisiert gegen die Nationalliberalen.

Abg. v. Oerden (Sp.) nimmt die Kriegervereine in Schuß.

Aufruhr wird die Wahl der Abg. Weiß und Sievers gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines Teiles des Zentrum für gültig erklärt.

Über die Wahl des Abg. Volk-Saarbrücken (natl.) beantragt die Kommission Beweisebereitung. Die Wahl wird hierfür für gültig erklärt. Die Wahl des Abgeordneten Henning (toni.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. Neumann-Hofer beantragt Rücküberweisung dieses Antrages. Dieser Antrag wird abgelehnt und die Wahl Henning für gültig erklärt. Das gleiche geschieht noch mit drei von der Kommission beanstandeten Wahlen Bühl (unabh. Lott.), Konig (natl.) und Guen (Bentheim). Dagegen wird bezüglich der Wahl von der Wette (Solingen) Beweisebereitung beschlossen. Endlich wird noch die Wahl des Abg. Enders (f. Sp.) für gültig erklärt.

Morgen 2 Uhr 3. Lesung des Gesetzes über die Haftpflicht des Staates für seine Beamten, des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, der Novelle zum Reichsschuldbuch und der Anträge über die Veteranen-Pension. Sollte 6% Mr.

Badischer Landtag.

Unberechtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist untersagt.

Zweite Kammer.

69. öffentliche Sitzung.

B.Z.K. Karlsruhe, 26. April 1910.

Präsident Rohrhurst eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr. Der Regierungsrat ist besetzt wie gestern. Die Spezialberatung der Forst- und Domänenverwaltung wird fortgesetzt.

Oberforstrat Gretsch: Bis vor kurzem hat die Forstverwaltung in aller Stille Objekte von der Oberförsterei entstohlen, ohne die Kritik aufzuheben, obwohl sie nicht ein Jahr schwere Verstöße waren.

Auch bei den 1600 forsttreibenden Gemeinden haben die Forstämter Anerkennung und Vertrauen gefunden. In diesem Vertrauensverhältnis hat sich in letzter Zeit ein Wechsel gezeigt.

In Brochüren und Zeitungsartikeln wird Kritik geübt, doch unsere Forstämter sind nicht genügend genannt worden, und das Forstamt verfügt nicht über die entsprechende Kritik.

Nach zwei Jahren hat Graf Töring im bayerischen Reichsrat einen Antrag ge stellt, eine größere Nutzung einzuführen. In Brochüren und Zeitungsartikeln wird Kritik geübt, doch unsere Forstämter sind nicht genügend genannt worden, und das Forstamt verfügt nicht über die entsprechende Kritik.

Ministerialdirektor Göller: Wir stehen in der Erörterung einer sehr wichtigen Frage. Ich habe zuerst den Kaufmännern das Wort gelassen. Der Leiter des Finanzministeriums befindet sich in einer eigentümlichen Lage. Von allen Seiten wird er auf die Millionen aufmerksam gemacht, die angeblich dagegen erworben wurden. Er misst sich der volkstümlichen Forderung nur fügen. Die Redner des Hauses haben sich geäußert auf die Brochüren. Wir haben aber aus sachmännischem Munde große Bedenken dagegen ge-

Lört. Voricht ist also am Platze. Ich habe nicht die Überzeugung, daß die Forstverwaltung sich auf falschem Wege befindet. Ich möchte aber die Broschüre nicht ganz abweisen. Sie haben uns die Anregung gegeben, diese Fragen zu prüfen. Missstände sollen befeitigt werden, wo sie sich zeigen sollten. In der Forstverwaltung können wir viel eher den Vorwurf, zu konserватiv zu sein, ertragen, als den, zu radikal zu sein. Dadurch verliert die Frage des Reservefonds erheblich von ihrer Bedeutung. Ich freue mich, daß Duffner forderte, der Reservefonds müßte auch der allgemeinen Staatsverwaltung zugewendet werden. Es wäre nicht angängig, daß wir zu einer Zeit, wo die Bilanzierung unseres Budgets große Schwierigkeiten macht, Vorräte für spätere Zeiten anzurechnen. Die wesentlichen Anforderungen, die an den Reservefonds gestellt werden, Ergänzung des Grundstoffs und dergl., erfüllen wir bereits. Deshalb können wir die Notwendigkeit des Reservefonds nicht anerkennt; er würde nur einen Umweg darstellen. Wir haben für die eintretenden Notfälle den umlaufenden Betriebsfonds. Wir haben einen außerordentlichen Solhdiskon im Betrag von einer halben Million im Budget bereits vorgesehen. Zur Schaffung eines Reservefonds im Bereich der Forstverwaltung liegt also kein genügender Anlaß vor. Der Grundfaz der Einheit der Finanzabteilung würde durchbrochen. Mögen die Maßnahmen, die wir treffen, aufgrund der Anregungen in dieser Debatte zum Nutzen und Wohle des Waldes gereichen.

Abg. Gierot (kontr.): Die Reserve, die in unserem Walde liegt, sollte erhalten bleiben. Wenn die Bezeichnung jungliberal für die Forstverwaltung in Anpruch genommen wird in dem Sinne einer gefundenen Wirtschaftspolitik, so ist dagegen nichts einzumenden. Wenn der Domänendirektor nicht konservativ sein will, so ist das seine Sache. Uns kann es gleich sein. Wenn er aber mehr zur Linke bis zur Sozialdemokratie hineinigt, ist das auch seine Sache. (Meinhardt: Sehr richtig! Heiterkeit.)

Abg. Rebmann (natr.): Wir stimmen dem Antrag zu, die Kaliwälder zu, soweit er sich auf den ersten Teil beschränkt. Wir haben von den Kaliwäldern noch keine genaue Kenntnis; sie scheinen in erheblicher Tiefe zu liegen. Die Frage des Regiebetriebs sollte noch nicht erledigt werden. Mit den Vorbereitungen zur Aufbauparade der Kaliwälder sind wir einverstanden. Redner erwähnt auf die Ausführungen der Regierungsvorsteher. Das amtliche Material über die Forsten scheint auf schwankender Grundlage zu beruhen, da es nicht durch Weisung, sondern durch Schätzung gewonnen ist. Der Überschuß der Nutzung sollte dem Reservefonds zugeschlagen werden. Dieser Reservefonds sollte auch der Staatsverwaltung zugute kommen. Ich bin von den gegenteiligen Gründen überzeugt und bitte Sie, den Antrag auf Schaffung eines Reservefonds anzunehmen. Der Domänengrundstock hat seit einer Reihe von Jahren beim Anlauf von Forsten veragt. Zur Forstverwaltung wird der Wunsch laut, daß in die Finanzabteilung ein Forstmann komme. Es müßte aber ein Jungliberal sein.

Abg. Fehrenbach (Bentr.): Nach den gebroten Ausführungen können wir dem Antrag betr. die Schaffung eines Reservefonds nicht mehr zustimmen. Rebmann hat sich für den Antrag Ged ausgeprochen, darin könnten wir ihm zustimmen. Er glaubt aber die Regie noch ablehnen zu können. Das wird nach dem Antrag Ged nicht möglich sein. Ich stehe dem Gedanken der Regie sehr nahe; jetzt ist aber die Sache nicht sprachreif. Er möchte deshalb anregen, den Antrag Ged dahin abzuändern, die Groß. Regierung zu eruchen, über das Vorhandensein und den Umfang von Kaliwäldern im Lande Erhebungen zu machen und dem nächsten Landtag darüber, sowie über die etwa einzuleitende Vorbereitung zum Regiebetrieb eine Denkschrift vorzulegen.

Abg. Ged (Ges.): Wir beweisen lediglich, daß die Naturräthe nicht wie die Wohlfahrtskräfte auf hundert und mehr Jahre festgelegt werden durch die Privatindustrie. Wenn der Antrag Fehrenbach die Wirkung hat, sind wir mit demselben einverstanden. Redner zieht seine Resolution zugunsten der Fehrenbachs zurück.

Abg. Rebmann (natr.) erklärt ebenfalls seine Zustimmung zu der Resolution Fehrenbach.

Hierauf wird das Budget genehmigt u. der Antrag betr. die Petitionen des Kirchengemeinderats Schopfheim gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Dann wird über den Antrag Benedey mit dem Änderungsantrag Duffner abgestimmt, nachdem eine kleine Gesetzesordnungsdebatte über den Abstimmungssnodus stattgefunden hat zwischen den Abg. Kons. Frank, Heimburger und Rebmann. Der erste Abschnitt des Antrags Benedey wird einstimmig angenommen. Der Antrag Duffner bezüglich des zweiten Absatzes wird mit 31 gegen 26 Stimmen abgelehnt. In der Minderheit blieben Zentrums, konservativen und drei Nationalliberalen. Darauf wurde der Zweitanzug Benedey mit Mehrheit und zuletzt der ganze Antrag Benedey einstimmig angenommen. Ferner wurde der Antrag Rebmann betr. Naturräthe einstimmig angenommen. Der Antrag Rebmann betr. Schaffung eines Reservefonds für die Forsten wird mit 34 gegen 23 Stimmen (des Zentrums) angenommen. Der Antrag Fehrenbach betr. die Kaliwälder wird einstimmig angenommen. Es wird hierauf in die Beratung des Budgets der Oberrechnungskammer eingetreten.

Präsident Hohenzollern: Es ist ein Antrag Pfefferle eingegangen: die Zweite Kammer wolle beschließen, die Bemerkung bei § 1 des Budgets: "Die Vorsteherstellen (E 1b) sind beim Abgang der derzeitigen Stelleninhaber in Rechnungsbeamtenstellen umzumwandeln", zu streichen.

Berichterstatter Abg. Neuhans (Bentr.) berichtet namens der Budgetkommission und stellt den Antrag: 1. a) die Ausgaben im ordentlichen Etat im Betrage von 264 880 M., sowie die Einnahmen im ordentlichen Etat im Betrage von 520 M. je für 2 Jahre zu genehmigen; b) über den Gegenstand in abgekürzter Form zu beraten. 2. a) Hohe Zweite Kammer wolle erklären, daß sie die Denkschrift der Groß. Oberrechnungskammer vom 24. November 1909 zur Kenntnis genommen und beanstandende Bemerkungen dazu nicht zu machen habe; b) über den Gegenstand in abgekürzter Form zu beraten. Ferner berichtet der Redner über die Petition der Rechnungsbeamten der Oberrechnungskammer um Beleistung ihrer derzeitigen Beförderungsverhältnisse.

Die 4 Vorsteherstellen sind nicht als eigentliche Vorsteherstellen, sondern nur als Stellen zur Verbesserung der Gehaltsverhältnisse anzusehen. Die Kommission beantragt, die Bemerkung zu § 1, die die Umwandlung der Stellen bestrebt, nicht zu beanstanden und deshalb die Petition für erledigt zu erklären.

Abg. Pfefferle (natr.) begründet seinen Antrag, diese Bemerkung zu streichen. Es entspreche dem Anlieben der Oberrechnungskammer nicht, wenn die Beamten der Oberrechnungskammer ausnahmsweise so behandelt werden. Die Beamten, die in der Oberrechnungskammer sind, haben auf diese Stellen gezeichnet. Wenigstens sollte man ein oder zwei dieser Stellen lassen.

Abg. Kopf (Bentr.): Aus grundsätzlichen Erwägungen werde ich und ein Teil meiner Freunde gegen den Antrag Pfefferle stimmen. Es handelt sich nicht um Beamte, die diese Stellen bereits innehaben. Es sind auf der Oberrechnungskammer 15 Beamte; für diese Zahl vier Vorsteherstellen, das ist über das Ziel hinausgeschossen. Eine würde genügen. Durch die Vereinigung der Staatsverwaltung und Aufhebung von drei Finanzämtern, Eisenbahnspekulationen, Aufhebung der Kategorie der Wagnissäuber werden verschlechtert. Wir dürfen nur so viele Stellen bewilligen, als im Staatsinteresse nötig sind.

Abg. Wittmann (Bentr.): Ich stehe auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Ich meine, man sollte nicht in den Gehaltstarif eingreifen. Es handelt sich um Spitzstellen, die im Gehaltstarif 1908 genehmigt worden sind. Auch in den Ministerien sind solche Spitzstellen. An dem Wort Vorsteher darf man nicht hängen bleiben. Die Bedeutung der Oberrechnungskammer sollte auch bei den mittleren Beamten zum Ausdruck kommen. Die Regierung hat gesagt, daß sie die jure in andere Stellen hinüberkommen können, aber de facto nicht hinüberkommen. Die Hauptarbeit der Revisionen müssen die mittleren Beamten leisten. Ich stimme den Ausführungen Pfefferles zu.

Abg. Kobl (Ges.): Wir werden für den Kommissionsantrag stimmen. Wenn wir eine Vereinigung der Staatsverwaltung wollen, müssen wir ernst machen. Dafür ist ich auch, daß dieselbe Aenderung auch bei den Ministerien getroffen werde. Die Petition macht uns mit der Schattenseite unseres Gehaltstarifs bekannt, das sind die Spitzstellen.

Abg. Dr. Heimburger (Dem.): Es geht wie bei den guten Vorjahren. Man verlangt, daß geplant wird. Wenn aber ernst gemacht werden soll, dann kommt wieder das gute Herz. Wenn wir die vier Stellen stehen lassen, so könnte man auch bei den anderen nicht durch das Bedürfnis begründeten Stellen eine Aenderung treffen. Für eine Stelle wäre ich eventuell geneigt.

Abg. Vogel-Mannheim (Dem.): Wir hätten vor zwei Jahren beim Gehaltstarif festgehalten sollen bei der Schaffung der Spitzstellen. Warum fängt man jetzt lediglich bei der Oberrechnungskammer an? Ich begreife das nicht. Wenn man in dieser Hinsicht vorgehen will, soll es einheitlich geheissen. Ich kann die Gründe, die Kopf angeführt hat, nicht anerkennen.

Ministerialdirektor Göller: Wir mussten uns fragen, ob Stellen vorhanden sind, die nicht im Vergleich zur Tätigkeit stehen. Da drängten sich die vier Stellen in der Oberrechnungskammer auf. Auf der Oberrechnungskammer hat jeder Beamte die gleiche Arbeit. Die Tätigkeit der Vorsteher bei den Ministerien muß sich von denen der Oberrechnungskammer unterscheiden. Die Vorsteherstellen der Oberrechnungskammer sind keine Spitzstellen. Die Beamten der Oberrechnungskammer haben durch den Gehaltstarif eine Verbesserung erhalten. Aus diesen Gründen ist die Beibehaltung dieser Vorsteherstellen nicht gerechtfertigt.

Abg. Pfefferle (natr.): Nachdem hier eine Ausnahme gemacht werden soll, haben wir unser Antrag gestellt, damit die Sache nochmals geprüft und in zwei Jahren allgemein vorgegangen werden sollte.

Der Antrag Pfefferle wird hierauf mit großer Mehrheit abgelehnt.

Hierauf wird der Kommissionsantrag mit Mehrheit angenommen.

Sodann wird in die Beratung des Gelegenheitswurfs bet. die Irrsinnfürsorge eingetreten.

Berichterstatter Abg. Büchner (Bentr.) erstattet den Bericht der Justizkommission und verweist auf die gerührten Kommissionsberichte beider Kammer. Es handelt sich darum, eine gesetzliche Grundlage für die zwangsweise Überweisung von Irren in die Irrenanstalten zu schaffen. Bis jetzt ist allerdings noch keine Klage darüber entstanden. Es ist das Verdikt der Aerzte. Die Kommission hält die gesetzliche Regelung für zweckmäßig, weil sie das Verfahren beschleunigt und die Klage gegen die unberechtigte Zurückhaltung zuläßt. Die Kommission beantragt deshalb den Gelegenheitswurfs zu zustimmen. Der Gelegenheitswurfs bringt insofern keine Neuerung, als er im allgemeinen die bisher schon in Uebung befindlichen Verordnungen enthält. Redner geht hierauf des näheren auf die einzelnen Gelehrteinstimmungen ein. In § 8 ist das Zeugnis eines deutschen approbierten Arztes gefordert, während in dem früheren Entwurf das Zeugnis eines beauftragten Arztes verlangt war. Darin lag ein Widerspruch gegen die Aerzte, denen Beleidigung die Kommission sich gerne anschloß. Der Entwurf bietet die nötigen Garantien für die persönliche Freiheit. Redner spricht den Wunsch aus, daß in den Vollzugsbestimmungen Vorsorge getroffen werde, daß die Klageberichterstatter alsbald nach der Einleitung des Verfahrens davon in Kenntnis gesetzt werden. Ich wiederhole den Antrag, den Gelegenheitswurfs in der Fassung, wie die Erste Kammer ihn gestaltete, anzunehmen.

Der Gelegenheitswurfs wird hierauf ohne Debatte einstimmig angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 9 Uhr. Petitionen. Schluß kurz vor 1 Uhr.

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 26. April. Wie die "Karlsruher Sta." von zuständiger Seite erläutert, wird die im Spätsommer dieses Jahres abzuholende zweite juristische Prüfung in der zweiten Hälfte des Monats September beginnen. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind im Laufe des Monats Mai in der

vorgeschriebenen Form beim Justizministerium eingureichen. Das Rauchverbot, das zurzeit für die im Nord-Südverkehr auf die badischen Linien übergehenden Speisewagen besteht, ist mit Wirkung vom 1. Mai d. J. für den Bereich der badischen Staatsbahnverwaltung aufgehoben worden. Das Rauchverbot ist hierauf künftig in allen Speisewagen in dem dafür bestimmten Abteilungen wieder gestaltet, mit Ausnahme der Zeit der gemeinsamen Mahlzeiten, während deren im ganzen Speisewagen nicht geruht werden darf.

+ Mannheim, 25. April. Die Mannheimer Liegertafel, der älteste Gesangverein Mannheims und einer der angesehensten Vereine des Landes, ernanntelässlich ihres 70jährigen Jubiläums des Obmann des badischen Sängerbundes, Adolf Willer in Karlsruhe, das Mitglied des Musikauswautes des Bad. Sängerbundes, Professor Julius Scheidt in Karlsruhe, dem Vorsteher des Straßburgs Männergesangvereins und des Elsässisch-Lorraine Sängerbundes, Professor Dr. Heinrich Kriemann in Straßburg und endlich den Komponisten Dr. Max Bruch in Berlin zu Ehrenmitgliedern. Unter den 90 Altersjubilaren des Vereins befinden sich zwei, die schon vor über 50 Jahren dem Verein angehörten. Der Verein feierte sein Jubiläum durch glänzende Veranstaltungen.

+ Heidelberg, 26. April. Der Heidelberger Tagblatt folgte holt der Bad. Schlossmeisterverband an 8. und 9. Mai, das seiner diesjährigen Tagblatt ab.

+ Freiburg, 24. April. Wie schon früher berichtet, findet hier am 7., 8. und 9. Mai der südwürttembergische Handlungsgesellschaftstag statt. Auf der Tagessession folgende Punkte: 1. Kaufmannsgerichte, 2. Pensionsverförderung und 3. Angestelltenauskünfte bei den Handelsfamilien oder Kaufmannsfamilien.

+ Böblingen, 26. April. In Gegenwart eines zahlreichen Publikums fand am gestrigen Sonntag die Laufe des Balloons "Freiburg - Böblingen" statt. Oberbürgermeister Dr. Winterer hielt die Laudatio, während die Laufe des Mr. Marie Pfeiffer, Tochter des Groß. Landesamtmasters vollzogen wurde. Unter Führung des Hauptmannes Spangenberg stieg der Ballon alsdann auf. "Wiedinger" und "Strohsburg" folgten. Alle drei landeten glücklich in Württemberg.

+ Böblingen, 26. April. Aus noch unbekannter Ursache brach im Innern des Bildhauses Gustav Leisinger in Böblingen Feuer aus, das die Gebäudeteile in kurzer Zeit in Flammen setzte. Der Schaden wird auf etwa 13 000 M. geschätzt, ist aber durch Versicherung gedeckt.

+ Billingen, 26. April. Das Vermögen der Stadt beträgt rund 8 Millionen M. Dem stehen 2,5 M. M. Schulden gegenüber, jedoch ein Kleinvermögen von 4,5 Millionen vorhanden ist. Auch hier wird dieses Jahr eine Umlage von 35 Pf. erhoben.

+ Staufer, 26. April. Der gute alte Staufer ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Lörrach, 26. April. Der gutbesuchte 3. Verbandsitag der Böllinger Börsen feierte das 100-jährige Bestehen des Böllinger Börsenvereins.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.

+ Würzburg, 26. April. Der gute alte Würzburger ist das Glück der Böllinger Bürger.